

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Für Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. Mai 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 59

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

- Artikel:** Steuerung und Lohn, I. — Die Schrift- und Stempelsteuern.
- Zur außerordentlichen Generalversammlung:** Die Steuerungsulagen. — Größte Vorsicht gegenüber den Anträgen auf Unterstützungserhöhungen.
- Das Buchgewerbe im Auslande:** Österreich. — Ungarn. — Polen. — Dänemark. — Rußland.
- Papiernot und Papierverwertung:** XXIV. Papierhöchschproduktion und Papiernot.
- Ernährungswirtschaft:** Weniger Brot und weniger Fleisch!
- Korrespondenzen:** Berlin (Schr.). — Würzburg. — Würzburg (M., M.).
- Rundschau:** Postadresse der Redaktion während der Würzburger Generalversammlung. — Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmungsweite Beispiele. — Ferien! — Gehilfenprüfungen. — Hauptversammlung des Vereins Deutscher Setzungsleger. — Ähnliche Papierverflechtung. — Tarifratsbericht der Chemigrafen und Kupferdrucker. — Beamten- und Arbeiterferien. — Zur Versammlungsfreiheit der deutschen Gewerkschaften.

□ □ Steuerung und Einkommen □ □

I.

Aus Versammlungsberichten ganz allgemein, aus vielen Generalversammlungsanträgen und aus verschiedenen Generalversammlungsartikeln hat sich mit großer Eindringlichkeit das Verlangen geprägt, der mit unheimlicher Anlaufbeschleunigung fortschreitenden Verteuerung aller Lebensmittel wie der Artikel für den täglichen Bedarf in weitgehendem Maße und der auf ganzer Linie platzgreifenden erheblichen Steigerung der Ausgaben für Reich, Staat und Gemeinde gegenüber das Einkommen der Buchdruckergehilfen in besserem Verhältnis anzupassen. Diese Notwendigkeit kann auf Prinzipalsseite ja nicht bestritten werden. Wenn man auch weiß, daß diese periodisch auftretende Forderung einer aus Rand und Band geratenen Zeit, die naturgemäße Poststände noch über alle Maßen verschlimmert, dort nicht mit den Augen der Liebe betrachtet wird, so dürfte doch wohl nicht bestritten werden wollen, daß für das Verlangen der Gehilfen jede, aber auch jede Berechtigung vorliegt. Die vielfachen Einzelbewilligungen von Firmen an ihre Personale erbringen gerade durch ihre Freiwilligkeit den Beweis, daß die Einkünfte, helfen zu müssen, auch wenn unsere gewerblichen Verhältnisse mit der Profitbüchschönfärberei in andern Industrien nicht vergleichbar, nicht nur vorhanden, sondern auch im Zunehmen begriffen ist.

Wie die Dinge stehen und gehen, wird von Tag zu Tag und von Monat zu Monat immer klarer, daß der Staat mit seinem gleich bei Kriegsbeginn erfundenen System der Anreizpreise für Seereslieferungen und landwirtschaftliche Erzeugnisse eine Bahn betreten hat, die mit Naturnotwendigkeit alle kapitalistischen Instinkte, im großen wie im kleinen, aufs schlimmste angereizt hat, und auf der es dann ebenso naturnotwendig auf die schiefste Ebene hinunterging, die in die nur mit Schaudern zu betrachtende Niederung der Kriegsmoral führt. Wir stehen jüngst (Nr. 56) einen unserer Mitarbeiter einen kleinen Überblick über die Rekordüberschüsse und Rieseneinkommen der Industrie geben, wobei die virtuose Bilanzpolitik der gesellschaftlichen Unternehmungen den wirklichen Profit noch stark verschleierte. Die Privatunternehmungen verdienen ebenso ungeheuerlich. Wer diese Aufstellung genau gelesen hat, wird herausgefunden haben, daß eine Anzahl von Erwerbszweigen fehlt; es sind das die nockelnden Industrien. Dieselben haben eine schwierige Position, denn es geben ihnen die Riesenerlöse ab, sie müssen jedoch mit steigenden Ansprüchen ihrer Arbeiter und Angestellten rechnen. Die alldeutschen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ trafen neulich, in eigener Widerlegung ihres Standpunktes zu Krieg und Frieden, das Richtige, als sie den Abbau der Preise verlangten und dabei schrieben:

Aber die wucherische Steigerung der Not durch allzu einschüchternde Geschäftsmänner, das feste Andrehen der Schraube ohne Ende, die das Würgegelenk von Tag zu Tag enger macht, unterböhlt die Widerstandskraft der Nation schlimmer als die gesamte anglo-amerikanische Macht der Erde es vermag. Die Fabelpreise für Seereslieferungen und die allgemeine unerträgliche Erhöhung der Preise unserer Lebensführung stehen, wie

wir an dieser Stelle wiederholt nachgewiesen haben, in ursächlichem Zusammenhang.

Diesem ursächlichen Zusammenhange, den der „Vater“ Staat so ganz unväterlich verschuldet hat, können sich weder die Gehilfen noch die Prinzipale entziehen. Der Einwand, daß unser Gewerbe nicht zur Kriegsindustrie zählt, wird häufig durch die Zwangsläufigkeit der beherrschenden Verhältnisse für jeden. Die Arbeitnehmer müssen mehr Lohn erhalten, und die Arbeitgeber müssen mehr bezahlen für die Ausübung der Arbeitskraft, denn die Geschäftsläufigkeit hat ihren Sinn keineswegs auf den Abbau der Preise gerichtet, sondern brennt, namentlich in der Landwirtschaft und bei Herstellung der Bedarfsartikel, auf immer höheren Gewinn. Die Großindustrie, deren Wirkung darin unbestritten sein dürfte, ist allerdings dem Gedanken des Lohnabbaues in letzter Zeit mit der ihr eignen Entschiedenheit nähergetreten, will aber von einer Übergangswirtschaft zu normalen Preisverhältnissen gar nichts wissen. Der viel zu hörenden Behauptung, daß die hohen Löhne erst den hohen Preisstand herbeigeführt haben, kann gerade mit dem nachweisbaren Kündigen Voraus der Kohlenpreise entgegengetreten werden. Gewiß ist es nicht überall so. Die Verteuerung der Materialien und die Erhöhung der Löhne hat, wie im Buchdruckergewerbe, erst nachträglich Preissteigerungen zur Folge gehabt. Hier hat die in den für die Kriegswirtschaft maßgebendsten Produktionsgebieten sprunghaft operierende Preispolitik mit der bekannten Schraube ohne Ende eingeschlagen.

Daß es in Hinblick auf die Gestaltung der Verhältnisse für das Buchdruckergewerbe nach dem Kriege, wo alles auf viel Aufträge und Arbeit hofft und rechnet, besser wäre, wenn die Druckpreise nicht durch weitere Erhöhung auf die Auftragerstellung beinträchtigend wirken würden, ist klar, zumal das Publikum in der Drucksachenerparnis schon zu großer Abnung gekommen ist. Allein dieses Bedenken muß zurücktreten hinter den offenkundigen Poststand der Gehilfenschaft, wie er sich stärker entwickelt hat durch starkes Anschwellen der Preise im allgemeinen. Ist leider einmal alles Lebensnotwendige zugeschnitten auf die Gewinne der Kriegslieferanten und die Verdienste der „Granater“, welche das Ungeheuer und Unnatürliche unserer gegenwärtigen Zustände eklatant bezeugen, so können wir Buchdrucker keine Ausnahme machen, dieweil man uns in den Lebensmitteln, in den Gegenständen des täglichen Bedarfs, bei den Wohnungsmieten, bei Kohle, Gas usw. wie bei den indirekten Steuern und den direkten Steuerzuschlägen ja keine Ausnahmebewilligung gewährt. Unentrichtbar sind wir der nämlichen Tributpflicht an den Kriegskapitalismus unterworfen wie die andern mit den hohen Verdiensten. Wir müssen jetzt für den Brotanfall auch nach Deckung durch andre, feurere Nahrungsmittel suchen.

Es ist also eine der unerbittlichen Konsequenzen aus den ganz unheimlichen kriegswirtschaftlichen Verhältnissen, wenn die Gehilfenschaft erklärt, daß das vom Tarifauschub im Oktober 1917 Beschlossene durch die wie eine zehrende Flamme sich ausbreitende Steuerung den jetzigen und kommenden Lebensnotwendigkeiten gar nicht mehr genügt.

Zur außerordentlichen Generalversammlung

Die Steuerungsulagen.

Diese in das Ermessen der Arbeitgeber zu stellen, hat sich nicht bewährt und sich nicht als zweckmäßig erwiesen, ebenso ist die Staffelung bei der letztmaligen Erhöhung vermieden. Dem in normalen Zeiten geübten tariflichen Grundlohn, daß nur jene die volle tarifliche Zulage bekommen, die wenigste Mark über Minimum entlohn sind, war jene Staffelung entnommen. Die Besserbezahlten empfanden diesen Brauch als Härte, weil ja sonst alle Tarifparagrafen auf sie Anwendung finden. Bei den in längeren Zeitintervallen sich erhöhenden Steuerungsulagen zeigte sich die Unhaltbarkeit des geübten Grundlohn. Wie alles im menschlichen Leben dem Wandel der Zeiten

unterliegt, wird sich dem auch unser tarifliches Recht nicht entziehen können.

Es ist des ferneren zu berücksichtigen, daß unter den äußerst erschwerenden Umständen jetzt die Arbeitsweise im Geber wie im Drucker und in der Stereotypie eine viel intensivere ist, als wir sie im Frieden gekannt. Das Äußerste muß heute geleistet werden von jedem einzelnen zur Aufrechterhaltung der Betriebe. Auch in den künftigen Friedenszeiten dürfte sich dieses kaum wesentlich bessern, da ungeheure Werte, so man Arbeitskraft nennt, verstreut, zum Teil nur beschränkt verwendungsfähig sein werden.

Trotz unser vorzüglichen Tarifgemeinschaft hatten die Buchdruckerlöhne schon im tiefen Frieden nicht jene Höhe, die erlaube, den Drangalen des menschlichen Daseins jenen Widerstand entgegenzusetzen, um die Not aus dem Buchdruckerhaushalte zu bannen. In jener Zeit schon konnte man in unserer Industriegegenstandsfähigkeit die Beobachtung machen, daß ungelernete Kräfte Löhne verdienten, an die unreife bezahlten Kräfte nicht heranreichten; ich besone, nicht von vereinzelten Fällen ist hier die Rede. Und heute? Ich denke mit Schrecken an den blauen Arbeitsanfang von 60 Mk., ein Paar Schube 50 Mk. und das Schweinefleisch, von unsrer Versorgungskette angeboten, das kilo 18,20 Mk.

Unsre Löhne müssen unbedingt Schritt halten mit denen anderer Arbeiter, denn auf engstem Raume zusammengepreßt müssen wir mit ihnen leben. Durch die heute alles vormerkende Kriegsindustrie mit ihren gewaltigen Löhnen findet eine weitere Verschiebung zu unsern Ungunsten statt. Nach beinahe vierjährigem Krieg, ohne nennenswerte Ausschüttung in Haushalt und Kleidung, ist alles zerrissen und zerstückelt. Kann man da jene Äußerungen noch verstehen, die da und dort zum Minimum mimen und auf die Steuerungsulage warten, die ihnen die Allmätigkeit bringt? Geben sie in dieser trübseligen Zeit nicht den einzigen Lichtblick bei dem gesunkenen Geldwerte, daß die Arbeitskraft im Kurse gestiegen ist? L. R.

Größte Vorsicht gegenüber den Anträgen auf Unterstützungserhöhungen.

Aus der Erkenntnis, daß die jetzigen Unterstützungsätze infolge der Steuerung weniger denn je ausreichen, wird vielfach von der Generalversammlung eine Erhöhung der Bezüge erwartet. Hierzu mag auch der ziffernmäßig günstige Vermögensbestand befragen haben. Säfte unter Juliussturm statt einer Vermehrung auf zwölf eine Verminderung auf fünf Millionen erfahren, würden sicherlich weniger Unterstützungsanträge, desto mehr Gedanken auf Sicherung und Entwicklung unsrer gewerkschaftlichen Erfolge laut geworden sein. Tatsächlich liegen die Verhältnisse indes so, daß das Verbandsvermögen absolut zugenommen, als realer Machtfaktor aber beträchtlich an Kraft eingebüßt hat. Bei Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern bilden die geistige Beschaffenheit der Mitglieder und der materielle Rückhalt der Organisation die ausschlaggebenden Faktoren. Vor Abbruch der Verhandlungen wird jede Arbeitgeberschaft prüfen, wie lange die Gehilfenorganisation im Kampfe verharren kann, und ob der dadurch entstehende Schaden nicht erheblich größer wird als die zu bewilligenden Zulagen. Es bedarf keiner großen Auseinandersetzung, daß wir heute für Kampfunterstützung merkbar höhere Sätze für den einzelnen in Betracht ziehen müßten, als vor dem Kriege. Dadurch ist trotz der Steigerung um 1/2 Millionen unser Kapital als gewerkschaftlicher Kampffonds gesunken.

Sind wir aber zu dieser Erkenntnis gelangt, dann müssen wir alles unterlassen, was zur weiteren Schwächung unsres materiellen Rückhaltes beitragen könnte. Hierzu gehören mit Ausnahme der Arbeitslosenunterstützung sämtliche Anträge auf Erhöhung der übrigen Unterstützungen. Die Rechnung ist nicht so einfach, wie z. B. der Antrag. Erfurt glaubt: Sämtliche Unterstützungen und Beiträge sind um ein Drittel zu erhöhen. Allein die Erhöhung des Krankengeldzuschusses würde die beantragte Beitragserhöhung aufheben. Was zu beweißen ist.

In den drei Kriegsjahren 1915/17 liegt der Prozentsatz an Kranken von 2,57 auf 3,75. Nun muß gerade bei Veränderungen in dieser Unterstützungsart sehr vorsichtig gerechnet werden. Für die nächsten Jahre dürfte ein Satz von 5 Proz. Kranken nicht zu hoch gegriffen sein. 1915 war jedes Mitglied 9 Tage krank = 9 × 1,40 Mk. = 12,60 Mk.; 52 Wochen = 0,25 Mk. Von dem Wochen-

Belfrage von 1,20 Mk. wurden also 25 Pf. für die Krankenunterstützung gebraucht. Für 1917 ergibt die Rechnung 13,5 Tage \times 1,40 Mk. = 18,90 Mk. : 52 = 37 Pf.; für 1919 (5 Proz.); 18 Tage \times 1,40 Mk. = 25,20 : 52 = 50 Pf. Gegen 1915 werden also ohne Erhöhung 25 Pf. pro Beitrag mehr gebraucht. Würde diese Unterstützung um ein Drittel gleich rund 50 Pf. pro Tag erhöht, dann kämen zu den 25,20 Mk. noch 18 \times 50 Pf. = 9 Mk., zusammen 34,20 : 52 = 66 Pf. Das erhöhte Krankengeld beansprucht gegen 1915 mit 25 Pf. also die volle Beitrags-erhöhung von 40 Pf. Dabei ist noch nicht in Rücksicht gezogen, daß durch den steigenden Krankenstand allein die durchschnittlichen Beitragswochen sich auf 49 verringern.

Die Generalversammlung kann sich daher nur mit einer Revision der rein gewerkschaftlichen Unterstützungsarten befassen. Es dürfte sich jedoch empfehlen, eine Erhöhung aus Zweckmäßigkeitsgründen heute nicht fakturistisch festzulegen, sondern dem Verbandsvorstand unter Aufstellung von Richtlinien die Einführung der erhöhten Unterstützung zu überlassen. Die Heraushebung des Beitrags dagegen ist eine unabänderliche Notwendigkeit.

Gotha.

A. E.

Das Buchgewerbe im Auslande

Osterreich. Unsere Kollegen in Osterreich haben sich kürzlich vor die sonderbare Frage gestellt, ob sie die gewerkschaftliche Organisation für Kinderfürsorgezwecke dienstbar machen sollen. Zu diesem Zwecke sollte nämlich auf Betreiben einflussreicher Führer der sozialdemokratischen Partei ein sogenannter Kinderheifer auf je eine Lohnkronen wöchentlich von jedem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bezahlt werden. Aus verschiedenen Gründen, wovon der wichtigste und wohl auch berechtigte der ist, daß, so human und sozial wünschenswert das Ziel ist, doch der Einfluß der Arbeiterkraft bei der Durchführung dieser Idee nicht genügend zur Geltung kommen würde, verhielt sich denn auch die Redaktion des „Vorwärts“ dem Projekt gegenüber ziemlich zurückhaltend. Dementsprechend hat auch die Idee vorläufig keine weiteren Fortschritte mehr gemacht.

Die Pflicht einer besonderen Besteuerung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in Osterreich bedrohte schon seit Jahresfrist auch die Buchdruckervereine Osterreichs. Es sollte ein Prozent der Mitgliederbeiträge und ein Prozent der an die Mitglieder gewährten Vereinsleistungen dem Steuerfiskus zugewandt werden. Eine dementsprechende Entscheidung wurde selbstverständlich angefochten; aber erst nach langem Hin und Her gelang es, einen gegenseitigen Bescheid zu erzielen. Im Prinzip hätte sich die Anerkennung der Steuerfreiheit auf die im Statut zum Ausdruck gebrachte Freiheit der Unterstützung, die gewährt werden „kann“, aber nicht unter allen Umständen gewährt werden muß. Das von manchem in kurzschäftiger Weise verkannte „kann“ hat sich demnach auch hier bewährt.

Für osterreichische Zustände auf polnischem Gebiete bemerkenswert ist, daß an Kriegsgefangene keine Zeitung aus Osterreich geschickt werden darf. In Nr. 16 des „Vorwärts“ wird in dieser Frage die Regelung dieser Angelegenheit in Deutschland als nachahmenswert bezeichnet. — Eine gleiche Rückständigkeit kam auch darin zum Ausdruck, daß die gesamte Einfuhr und das Festhalten von ausländischen Druckerzeugnissen in Osterreich bis jetzt verboten waren; jetzt erst wurde die Einfuhr wissenschaftlicher Zeitschriften freigegeben.

Die „Masseierfrage“ zeigste auch in diesem Jahr in Osterreich einige Unstimmigkeiten. Der Verbandsvorstand trat nämlich kurz vor dem 1. Mai an den Reichsverband osterreichischer Buchdruckerbetriebe heran, damit den Buchdruckern wegen der üblichen Feier am 1. Mai keine Schwierigkeiten bereitet werden. Die Hauptversammlung des Reichsverbandes stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß eine Arbeitsverdünnung zu dem gedachten Zwecke nur unter Abzug des betreffenden Lohn- und Steuerzuschlagsanteils geduldet werden soll. Diesen Beschluß bezeichnet der Wiener „Vorwärts“ als einen solchen, der wenig soziale Einsicht und Entgegenkommen verrät, da andere Unternehmer in dieser Frage keine solche Maßschärfen zu erkennen gaben.

Eine Erhöhung des Festgeldes für Lehrlinge in Höhe von 2 Kr. wöchentlich für jede Jahresklasse wurde vom Wiener Oremium zum Beschluß erhoben, außerdem die Gewährung von monatlichen Steuerzuschlägen in Abhängigkeit von 10 bis 20 Kr.

Ungarn. Das schon in den Nr. 34 und 42 erwähnte neue Abkommen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse während der Kriegszeit der Gehilfenverreter mit den Prinzipalpalen in Budapest enthält 21 Punkte, von denen jedoch 13 schon in einem früheren Abkommen enthalten waren. Sämtliche Sacharbeiter erhalten demnach u. a. eine außerordentliche Steuerzuschulage von 16 Kr., Hilfsarbeiter 11 Kr. wöchentlich. Im Berechnen erhöhte sich der Grundlohn um 32 Heller für 1000 n.; ähnlich erhöhte sich auch die Überstundenentschädigung. Arbeitszeitverdünnung reduzierte je nach ihrer Dauer auch die Steuerzuschulage. Ferner sind Vorkehrungen getroffen, die weitere Steuerzuschulagen in ein entsprechendes Verhältnis zu den allgemeinen Bestimmungen bringen und insbesondere eigenmächtige Forderungen einzelner Personale zur Erreichung höherer Zulagen ausschließen. Fragen des Materialmangels und daraus resultierender Betriebserschwerungen werden einer vorhergehenden paritätischen Prüfung unterstellt. Bei derart auftretenden Betriebserschwerungen

ist eine Beurlaubung der betreffenden Gehilfen in dem Sinne zulässig, daß sie zu gleichem Lohne wie bisher in andern Druckereien arbeiten können, bis sie die beurlaubende Firma wieder beschäftigen kann; während solcher Urlaubszeit wird eine besondere Entschädigung von dem beurlaubenden Geschäftseigenen von 6 Kr. wöchentlich und im Falle gänzlicher Arbeitslosigkeit infolge von Betriebserschwerungen eine solche bis zu 75 Proz. des bisherigen Lohnes und die Steuerzuschulage gewährt. Die Urlaubskonditionen werden von der Stellenermittlung der Gehilfen angewiesen; Nichtannahme hebt das Recht auf Unterstützung auf. Vorbedingungen für Betriebserschwerungen sind Gehilfenbeurlaubung und Wegfall aller Überstunden und Mehrmaschinenbedienungen. Für Tagesblätter haben jedoch diese Bestimmungen keine Gültigkeit. Beachtenswert ist ferner, daß eine ständige Kommission eingesetzt wurde, deren Aufgabe es ist, den Stand der Steuerzuschulage zu prüfen und bei einer Steigerung um mehr als 6 Proz. weitere Vorschläge zur Erhöhung der Steuerzuschulage zu machen. Die Grundlage für die Arbeiten dieser Kommission bildet eine prinzipielle Einigung der vertragschließenden Teile über das, was zum Lebensunterhalt einer Arbeiterfamilie dringend nötig ist.

Auch für die Provinz sind seit einiger Zeit ähnliche Vereinbarungen auf dem Lohngebiet in Kraft getreten. Die neuen Minimallöhne schwanken zwischen 53 und 63 Kr. je nach der Altersklasse der Gehilfen. Die Vereinbarungen gelten für die Kriegsdauer, lassen jedoch ein dreimonatliches Kündigungsrecht zu. Ferner kann nach Vorschlägen der schon erwähnten Kommission in Budapest auf Grund statistischer Erhebungen, die eine wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage für die Gehilfenstände ergeben, den Prinzipalpalen eine Verpflichtung zur Zahlung höherer Zulagen auferlegt werden.

Polen. Zur Entwicklung der Berufsvereine in Polen schreibt uns ein Kenner der Verhältnisse, daß auch für die Buchdrucker ähnlich wie für andre Berufe zwei verschiedene Verrechnungsarten von ausschlaggebender Bedeutung sind. So gibt es polnische und jüdisch-polnische Vereine, die zwar gleiche wirtschaftliche Interessen verfolgen, aber jeder für sich. Frühere Versuche, beide Vereine zu verschmelzen, blieben stets erfolglos. Die Sprachenfrage bildet ein Haupthindernis, die überhaupt in der ganzen polnischen Arbeiterbewegung von großer Bedeutung ist. Eine weitere Ursache dieser Spaltung liegt auf religiösem Gebiete, die zum Teil auf eine wohlverstandene antijüdische Feindschaft der zaristischen Regierung wie auch auf antisemitische Anschauungen der jüdischen Bevölkerung zurückzuführen ist. Den rein polnischen Buchdruckervereinen in Warschau und Lodz gehören nur Seher und Drucker an, während die jüdisch-polnischen Vereinigungen alle graphischen Arbeiter als Mitglieder aufnehmen, seien es gelernte oder ungelernete. Die polnischen Vereine sind daher auch an Mitgliederzahl schwächer als die jüdisch-polnischen und halten sich auch von parteipolitischen Strömungen ferner als letztere; auch verfügen die polnischen Berufsvereine über reichere Mittel als die jüdisch-polnischen. Erstauskehrer hat es aber trotz dieser mehr äußerlichen Unterschiede auch während der Kriegszeit nicht an gemeinsamen Hand-in-Hand-Arbeiten der beiden Richtungen gefehlt. Durch Erleichterung von Küchen und Teehallen haben sie viel zur Linderung der schlimmsten Not beigetragen. Von einer Verfolgung weiterer gewerkschaftlicher Aufgaben kann aber für beide Richtungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch keine Rede sein. Das Wichtigste ist, daß trotz der unglücklichen politischen Zustände im ganzen Lande die schwachen Regungen gewerkschaftlicher Selbsthilfe nicht ganz verschwunden, sondern immer noch lebensfähige Kerne vorhanden sind, die in absehbarer Zeit bei weiterer Klärung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu neuem Leben erblühen können.

Die Lohnbewegung der Buchdrucker in Warschau, von der wir schon in den Nr. 51 und 54 Kenntnis geben konnten, ist inzwischen infolge auf ihrem Höhepunkt angelangt, als am 15. Mai die Buchdrucker in sämtlichen Buchdruckereien Warschaus die Arbeit niederlegten. Näheres hoffen wir demnächst berichten zu können.

Dänemark. Die Frage, ob der dänische Verband (Dansk Typograf-Forbund) aus dem Gesamtverbande der Gewerkschaften austreten soll oder nicht, beschäftigte die dänischen Kollegen seit der siebenten Generalversammlung am 30. und 31. Juli 1917 sehr stark. Die Generalversammlung verwarf den Vorschlag zum Austritt mit 99 gegen 56 Stimmen. Ein Antrag auf Abstimmung wurde mit 79 Stimmen angenommen. Es ist dies das dritte Mal, daß eine allgemeine Abstimmung über den Austritt stattfindet in 13 Jahren. Der Grund für den Austritt liegt darin, daß ein großer Teil der dänischen Kollegen durch den Anschluß sich in ihren Bewegungen eingesenkt fühlt. Die Abstimmung, die vor kurzem stattfand, ergab für den Anschluß nur eine knappe Mehrheit, indem für den Austritt 1508 Kollegen stimmten; für die Beibehaltung des Anschlusses 1610 Kollegen. Nach der Abstimmung gingen noch 66 für den Austritt und 18 Stimmen dagegen ein, so daß nur eine Mehrheit von 54 Stimmen gegen den Austritt vorhanden war. Das Stimmenverhältnis war: die Provinz 435 für und 842 gegen, Kopenhagen 1073 für und 768 gegen den Austritt. Damit ist die Streitfrage vorläufig erledigt, wird aber höchstwahrscheinlich bei der ersten Gelegenheit wieder aufgenommen.

Russland. Aber die Krisis im Buchverlag schreibt J. Anshes im „Nowaja Shtim“ (Neues Leben): Die maßlose Steuerung, die vollständige Aufhebung des Post- und Eisenbahnverkehrs, die Papiersteuerung, die beschränkte Leistungsfähigkeit der Arbeit sowie die übermäßigen Tarife

riefen in Moskau eine große Krisis im Buchverlage hervor. Abgesehen von kleineren Verlagsunternehmen, die bis zum letzten Oktober sich wie Pilze nach dem Regen vermehren, mußten auch die größeren ihre Tätigkeit zum Teil einschränken oder auch ganz einstellen. Die Nachfrage nach neuen Büchern ist zwar sehr groß, kann aber nicht im entferntesten befriedigt werden. Die Broschürenliteratur liegt darnieder, ihre Ladenbüter werden als Packpapier verwandt. Gute und umfangreichere Bücher könnten trotz der Steuerung reichlich gefunden werden. Aber die Verleger scheuen sich, neue Bücher herauszugeben und begnügen sich im überfüllten Falle mit dem Abdruck der stereotypierten älteren Werke. Wenn auch in Moskau selbst viele Bücher gekauft werden, so war die Krisis doch nicht zu vermeiden, weil der Absatz außerhalb Moskaus völlig stockt, Post und Eisenbahn nehmen keine Sendungen an, die Postnahme ist ebenfalls unterbunden. Moskau ist vom übrigen Russland vollständig abgeschnitten. Die Steuerung übersteigt alle Begriffe. Diese Lage wird verschärft durch die vollständige Zerrüttung des Buchdruckgewerbes, die zweifellos in den letzten Monaten ihren Höhepunkt erreichte. Dazu trug vor allen Dingen die Requisition vieler Druckereien bei, die einfach einen idealen Wirrwarr bewirkte. Das alles löst für die Zukunft sehr drückende Betrachtungen aus.

Unsere russischen Kollegen haben demnach ganz andre Schwierigkeiten im Kampf ums Dasein zu überwinden als wir in Deutschland.

Ernährungswirtschaft

Weniger Brot und weniger Fleisch!

Saben die preußischen Sunner und Schwerfälligen zum Pfingstfest eine Sorte von heiligem Geist ausgegossen, der dem ganzen deutschen Volke das Blut wie Feuer durch die Adern kreist, so hat der immer noch aller Korbeeren entbehrende Ernährungsgeneralkommando mit der Anordnung einer Rationserhöhung beim wichtigsten Lebensmittel, dem Brote, wieder eine seiner feiner fragwürdigen Leistungen als Stimmungskünstler vollbracht. Was in den Tagen vor und gleich nach Pfingsten auch in andern als Arbeiterkreisen über das Milte Juni in Wirksamkeit tretende und voraussichtlich bis Ende Juli — man mache sich auch auf länger gefaßt — in Geltung bleibende Gebot der Stunde, den Schwächern noch enger zu schnallen, zu vernehmen war, klang recht anders als ambrosianischer Lobgesang auf des Reiches Ernährungspolitik.

Was sich alles in kurzer Zeit zugefallen hat, ist ersichtlich, die kriegsbedingte Pauer trat, es liegt nicht acht Wochen zurück, im Reichstage den Gerüchten über eine Verhinderung der Brotration mit ziemlicher Entschiedenheit entgegen. Der „Brotfriede“ mit der Ukraine fröhliche damals im vollen Glanze seiner Blütenpracht. Er ist zu einer schmählichen Enttäuschung geworden. Man muß im „Berliner Tageblatt“ vom 15. Mai den Artikel über das Landwirtschaftsproblem in der Ukraine gelesen haben, um sich erklären zu können, warum es jetzt zu einem so großen Verlagen dieser allzu laut geföhlenen Hilsquellen kommen mußte. Der Kaiser hat vor einhalb Wochen im Machener Rathaus auch noch hoffnungsvoll von einer Verbesserung der Lebensmittelversorgung gesprochen, weil die ersten Transporte aus der Ukraine in Berlin eingetroffen waren. Der Glaube daran war also stark.

Das Kriegsernährungsrat hat wieder mit allem Ingegend die öffentliche Meinung bearbeitet. Wie hat es seinen nach Dresden entsandten und dort am 15. April als Berühigungsrat aufgetretenen Referent Rupprecht wegen dessen Schwarzmalerei desanowiert! Wadow hat in den Ausschüssen wie im Plenum des Reichs- und des Landtags nachdem so viel gesprochen über den Stand unserer Ernährungsfrage, daß alles froh etlicher Untertöne der Belorgnis doch Beruhigung laßt. In Leipzig ließ man noch am 13. Mai einen Professor Böhm aus dem Kriegsernährungsrat über die Grundzüge und Aussichten unserer Kriegsernährungswirtschaft sprechen, wobei die Nötefragen aus der Ukraine als der über die Brotverorgung maßgebende Punkt genannt wurde. Am 11. Mai hatte aber schon die Reichsgetreidelei wegen der ausbleibenden Ukrainelieferungen die Brotverorgung beschlossen! Der Schriftsteller Konrad Haubmann hat gleich darauf im westfälischen Landtage durch die Mitteilung, daß die Verringerung der Brotration bereits perfekt sei, blitzschnell einen Szenenwechsel herbeigeführt. Dann erst wurde amtlich bekanntgegeben, was ist und damit dem Volke zu der ersten in der Wahlrechtsfrage die zweite durchschlagende „Pfingstfreude“ bereitet. Das linksnational-liberale „Leipziger Tageblatt“, in dem häufiger kluge politische Aufträge zu finden sind, schrieb zu der Pfingstbotschaft Nr. 2:

Es muß offen ausgesprochen werden, daß die amtlichen Stellen selber durch ihre Pressepolitik viel zur Verschlechterung und wenig zur Verbesserung der Stimmung beigetragen haben, weil sie einfach nicht verstehen, und in diesem Kriege wohl auch nicht mehr lernen werden, die psychologischen Folgen ihrer Schritte auf diesem Gebiet abzuschätzen. Amlich wird ständig in Optimismus gemacht, und das Ergebnis ist vielfach etwas ganz anderes als Optimismus; etwas, das nicht in der Sache, sondern in falscher Behandlung der öffentlichen Meinung begründet liegt.

Das ist aber nicht allein auf dem Ernährungsgebiete der wunde Punkt, sondern auf dem weiten Nachseide der ganzen Kriegspolitik. Nachdem die Gewaltpolitik von Kr und Schlot Bestmann Soltweg heruntergelangt haben, ist der Abstand zwischen der öffentlichen und der offiziellen

Meinung größer und größer geworden. Nicht wegen der ein Teil früher eingetretene Bewahrheitung der Befürchtung einer Herabsetzung der Brotkrone, sondern weil der angestrebte Wirrwarr durch das gekennzeichnete Meer und Hin gar zu toll ist, sollte man Waldborn, Braun, Müller und den Leiter der Reichsgesetzstelle Schlemmiff das Schicksal von Bafochi teilen lassen, dessen Abgang die Grobgarerier erzwingen. Wenn jetzt in der „Frankfurter Zeitung“ gesagt wird, lediglich der verunglückte Reichshofrat Michaels verhalte das jetzige schlimme Ereignis, weil er im Herbst v. J. angeht die Mindererträge an Getreide von 2 Mill. Können nicht die entsprechenden Maßnahmen traf, vielmehr noch Bafochi den Agrarern opferle, so will das nicht einleuchten. Michaels ist doch gerade als Leiter der Reichsgesetzstelle allenfalls Anerkennung gewollt worden! Wie jedoch das Reichsrechnungsamt noch in jüngster Zeit mit Statistiken arbeitete, zeigt von wenig Klarheit.

Vom 16. Juni ab gibt es also nur noch 160 g Mehl pro Tag und Kopf, statt bisher 200 g, also Herabsetzung um 20 Proz. Im vergangenen Jahre kam es im Frühjahr schon zur Verringerung auf 170 g. Es wird nun gesagt, daß durch Gewährung von 20 g Streckungsmitteln beim Brote nur ein Ausfall von 20 g täglich eintreten könne; außerdem könnten Kommunalverbände, die langsam gewirksam sind und sich dadurch eine Rücklage geschaffen haben, so überhaupt eine Reduzierung der Brotmenge vermeiden. Das letztere wird auf Großstädte überhaupt nicht zutreffen, und mit den Streckungsmitteln ist es so, daß das Brot dadurch nur entwertet wird. Es ist also richtiger, die 20prozentige Verringerung des Brotverbrauchs als Faktum hinzunehmen. Der Ausgleich durch Zuweisung anderer Nährmittel ist problematisch. Aber die versprochene Erhöhung der Zuckerration, was noch ein annehmbares, wenn auch unzulänglicher Ersatz wäre, spricht sich das Kriegsernährungsamt zudem nicht bestimmend aus, obwohl wir doch so viel Zucker haben, daß er ins Ausland wandert, während wir bisher Not daran leiden. Die Schwer- und Schwerstarbeiter werden nur in der Grundration gekürzt. Die Selbstversorger bleiben unberührt; sie haben schon seit 1. April Kürzung erfahren und kräftig dagegen gekämpft. Sie bleiben nun aber der Allgemeinheit noch voraus mit ihren 200 g. Nach neuerer Meldung bleibt in Hinblick die bisherige Brotkrone bestehen, weil man dort schon lange in Kartoffelbrot gemacht, also Mehl erspart hat. Um den Wirrwarr noch anschaulicher zu machen, können wir mitteilen, daß in Bonn vom 5. Mai an die Brotmenge auf 4 Pfd. erhöht worden ist, auch in andern rheinischen Städten ist man etwas hinaufgegangen.

Im vergangenen Jahre gab es für den Brotausfall eine ganze Milliarde — wohl 20 Wochen — wöchentlich ein halbes Pfund Fleisch als Ersatz. Von einem solchen war so wirklich zu sprechen. Jetzt stehen wir um vieles ungünstiger da: Eine Verkürzung der Fleischration, ebenfalls bis an die Möglichkeit der Befreiung, ist nur noch eine Frage der technischen Umkehrung. In Berlin gibt man jetzt mehr Knochen. Anderswo fast überall schon eingetretene Herabsetzungen werden als Angelegenheit der betreffenden Kommunalverbände bezeichnet. Mit diesem sicherlich um sich greifenden Modus wird jedoch das Empfinden der Rationierung nicht gebannt werden können. In Sachen dürfte die wieder eingetretene Erhöhung auf 200 g wohl nur kurz anhalten. Die Fleischherabsetzung ist schon nach fleischlosen Wochen. Daß Sachen aus seiner großen Fleischnot noch etwas befreit werden könnte durch die seltene seiner Regierung von den andern Bundesstaaten geforderte Einhaltung der ihm zugesprochenen Rationen — der erste ernsthafte Schritt der Dresdner Regierungsmänner —, erscheint ausgeschlossen. Übrigens, wenn Bayern dazu übergegangen ist, ab 13. Mai nur noch 200 g Fleisch zu gewähren und mit der fleischlosen Ration gemeinsam das Verlangen einer solchen gleichmäßigen Ration im ganzen Reich dem Kriegsernährungsamt gestellt hat, dann wird es nicht mehr lange dauern, bis in aller Form auch die Verringerung der Fleischration da ist.

Ob die Kartoffelration von 7 Pfd. aufrechterhalten werden kann, ist auch noch eine dringliche Frage. In verschiedenen Gegenden sind Kartoffeln wirklich genügend da, in andern fehlen sie jetzt bedenklich. Hier ist die Ungleichheit in der Verteilung der Lebensmittel noch am meisten fühlbar.

Auf das Frühgemüse ist zu verlassen, ist nach allen Erfahrungen nicht räthlich. Es wandert zunächst an die Selbstbezahrenden bzw. in die Gebiete mit höheren Höchstpreisen, ist darum zunächst wenig vorhanden und dann auch nur zu unnatürlich hohen Preisen.

So sehen wir denn belästigt, was zuletzt in Nr. 55 an dieser Stelle ausgeführt wurde über die ernsten Schwierigkeiten bis zur neuen Krise; es ist leider nur schneller eingetroffen. Nicht gehandhabter Produktionszwang, ungenügende Erhaltung beim Erzeuger, erhebliche Verfüllung von Getreide und ein bedeutender Schleichhandel sind die an das Kriegsernährungsamt und die Erzeugerkreise sich richtenden Normwörter. Ihre Ernährungswirtschaft krankt außerdem jedoch an den natürlichen Schwierigkeiten nach so langer Kriegszeit.

Die schon mehrmals angedeutete Folge wird unausbleiblich der Rückgang der industriellen und gewerblichen Produktion sein. Es muß ein Abbau der Arbeitszeit stattfinden, der gar nicht unwesentlich sein kann. Unmöglich kann so weitergearbeitet werden. Wenn schon im April v. J. diese Erkenntnis auch bei behördlichen Stellen hinsichtlich der Rüstungsarbeiter gekommen war, so wird man noch inzwischen weit größerer Verflechtung der Verhältnisse für die Arbeitererschaft im allgemeinen, zumal für die Berufs ohne nennenswerte Ernährungszulagen, das erst recht anerkennen müssen. Selbst Richard

Calver hat das bereits eingesehen. Das Internerium wird wohl oder übel mit den Gemerkschaften sich darüber verständigen müssen unter Ausschaltung der sonst üblichen Verhandlungspunkte. Hier handelt es sich lediglich um die Anerkennung physischer Unmöglichkeit, hervorgegangen aus unzureichender Ernährung und verschuldet aus Gründen, die genügend im vorstehenden erörtert worden sind. Es wird doch keinem Zweifel unterliegen, daß mit dem ganz Wenigen, womit man nun auskommen soll, die Kraft zu genügenden Arbeitsleistungen nicht aufgebracht werden kann. Vor dem Kriege sollte eine vierköpfige Familie nach der gleichwertigen Norm für die Ernährung eines einzelnen Marineoffiziers in der Woche allein an folgenden 16 Lebensmittel verbrauchen: 2400 g Rindfleisch, 2250 g Schweinefleisch, 2400 g Hammelfleisch, 450 g Reis, 900 g Bohnen, 900 g Erbsen, 1500 g Weizenmehl, 600 g Backpflaumen, 9000 g Kartoffeln, 15750 g Brot, 1365 g Butter, 1020 g Zucker, 318 g Salz, 105 g Kaffee, 63 g Tee, 0,33 l Essig. Demgegenüber halte man die jetzigen Rationen und die demnachst noch verkürzten bei Brot und Fleisch, und das Rechenexempel ist fertig, daß so bedeutend weniger Arbeitskraft aufzubringen ist. Da außerdem große Unterschiede bestehen zwischen einzelnen Gebieten, wieviel Nahrungsmittel überhaupt und in welcher Menge sie gewährt werden — ein Vergleich aus den letzten Wochen mit einer kleinerdeutschen Großstadt würde die Leipziger Hausfrauen einfach aus dem Säuschen bringen —, so muß für besonders schlecht gestellte Gegenden die Arbeitszeitverkürzung größer sein.

Was hier gesagt wird, ist die unausweichliche Folge der ungenügenden Ernährung. Das eine bedingt das andre. Wenn man daran nicht gedacht hat, nun so muß man jetzt mit diesem Faktum von Logik und Konsequenz rechnen.

Verschiedene Eingänge.

„Technische Mitteilungen.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinenlehrer Deutschlands. Nr. 142, Jahrgang 1918. Aus dem Inhalt: Emil Pöhlert: Über das Sieden bei hohen Drücken; Technisches. Preis der Nummer 13 Pf. Zu beziehen von Ferdinand Heßfeld, Reußhain, Fußballstraße 25.

„Der Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe.“ Mitteilungen der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands. Nr. 1, 8. Jahrgang. Aus dem Inhalt: Jahresbericht; Die Bedeutung der Verbesserungen im Offsetverfahren. Zu beziehen durch H. Heßler, Berlin SW 47, Mollatstraße 84.

„Nachmittagsblätter für die Mitglieder der deutschen Korrespondentenvereine.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Korrespondenten Deutschlands. Nr. 63, 1918. Aus dem Inhalte: Ein Wort über den 200. Jahrestag. — Jahrgang 75 Pfd. Georg Müller, Berlin S 14, Kommandantenstraße 55, S. r. 2. Aufg. III.

„Deutscher Buch- und Steinbruder.“ Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künste mit der Beilage „Graphische Feiertage.“ Seit 7. 24. Jahrgang, 1918. Herausgeber Emil Morgenstern, Berlin W 57, Dammstraße 19. Einzelheft 1 Mh. Preis des Doppelheftes 1,50 Mh.

„Mitteilungen der Buchdruckerschule München.“ Nr. 3/4 der monatlichen Schulmitteilungen. 4. Jahrgang. Jahrl. 2,50 Mh. mit Post für 2,50 Mh. von der Geschäftsstelle München, Goethestraße 27. In Buchhandlungen.

„Bücherei-Berichte.“ Monatliche Zeitschrift für Buchhändler, Buchgeschäfte, Buchhandel und Verlagswesen. Herausgegeben von Karl Lagerström in Stockholm. Text in schwedischer Sprache. Heft 4, Jahrgang 1918. Bezugspreis vierteljährlich 2,75 Kr. Jeden Monat erscheint ein Heft.

„Geschäftsbericht der Ortskrankenkassen in Elsaß-Lothringen für die Jahre 1915/16 und 1916/17.“ Herausgeber Dr. F. Bloch. Auf 14 Tage ein Heft. Heft 10/11 (Märzheft). 24. Jahrgang, 1918. Preis 90 Pf. Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“ G. m. b. H., Berlin W 35.

Geforden.

- In Berlin am 21. Februar der Seher Fritz Götter aus Berlin, 64 Jahre alt — Schlangenhändler; an demselben Tage der Seherinvalide Karl Groh aus Weihenau, 73 Jahre alt — Arterienverengung; am 25. Februar der Seher Otto Wegener aus Frankenhof, 40 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 27. Februar der Seher Paul Adolf Aßler aus Wilsdorf, 54 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 3. März der Druckerinvalide Emil Müller aus Kirchberg l. Sch., 27 Jahre alt — Lungenerkrankung; am 4. März der Seher Pantray Schrapl aus Steinberg, 56 Jahre alt — Magengeschwür; am 13. März der Seher Gebhard Pfeil aus Berlin, 63 Jahre alt — Herzkrankung; am 23. März der Seher Paul Sorj aus Grabow, 49 Jahre alt — Nierenleiden; am 24. März der Seher Albert Stolzenwald aus Berlin, 51 Jahre alt — Magenkrebs; am 29. März der Seher Leo Djosowski aus Aonitz, 26 Jahre alt — Lungentuberkulose; an demselben Tage der Seherinvalide Walter Korh aus Riekenhird (Westpr.), 54 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 31. März der Seher Karl Brunow aus Berlin, 43 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 5. April der Seher Fritz Reicher aus Berlin, 26 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 6. April der Drucker Georg Perling aus Berlin, 20 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 7. April der Seher David Schön aus Berlin, 42 Jahre alt — Brustkrebs.
- In Borna b. Leipzig am 6. Mai der Seherinvalide Max Naumann, 27 Jahre alt; am 11. Mai der Drucker August Chemnitz, 51 Jahre alt.
- In Braunschweig der Buchdruckerbesitzer Friedrich Böbeke, 78 Jahre alt.
- In Breslau am 8. Mai der Seher Paul Weiser, 20 Jahre alt. In Wegau am 28. April der Seher Richard Weirauch, 41 Jahre alt — Lungentuberkulose.
- In Chemnitz der Buchdruckerbesitzer Theodor Albert Dschab, 44 Jahre alt.
- In Danzig am 6. Mai der Seher Dshar Posner, 60 Jahre alt — Speiseröhrenverengung.
- In Gera am 23. April der Seher Eduard Neuber aus Kassei, 53 Jahre alt.
- In Greifswald am 9. Mai der Drucker Rudolf Mann, 35 Jahre alt.
- In Hamburg am 30. April der Seher Adolf Mohr, 48 Jahre alt. am 3. Mai der Seher S. Schmeiter aus Bromberg, 48 Jahre alt.
- In Hildesheim der Buchdruckerbesitzer Friedrich Kornacker, 60 Jahre alt.
- In Sonnefeld am 4. Mai der Buchdruckerbesitzer Sommergerat Wilhelm Grardel, 80 Jahre alt.
- In Karlsruhe am 1. Mai der Seherinvalide Max Himmelsbach von dort, 32 Jahre alt.
- In Kassel der Seherinvalide Wilhelm Klotz aus Straßfurt.
- In Leipzig der Buchdruckerbesitzer Alois Salsche, 86 Jahre alt.
- In Meißen am 11. Mai der Invalide Heinrich Krüger, 54 Jahre alt. In Leipzig am 4. Mai der Seher Richard Korsten aus Leipzig, 57 Jahre alt — Blutvergiftung; am 8. Mai der Seher Adolf Vengerand aus Leipzig, 50 Jahre alt — Lungentuberkulose.
- In Magdeburg am 8. Mai der Drucker Paul Treibsees aus Grefswald, 50 Jahre alt — Lungenschwindsucht.

- In Metz der Buchdrucker Nikolaus Mack aus Madern bei Forbach, 39 Jahre alt — Rippenfellentzündung, Karl Probst aus Schloßborn l. Lannus, 57 Jahre alt — Schlaganfall.
- In München der Druckereidirektor Michael Kaufmann.
- In Nürnberg am 12. Mai der Drucker Fritz Müller von dort, 19 Jahre alt.
- In Posen am 6. Mai der Maschinenlehrer Ignaz Filizak, 35 Jahre alt.
- In Singen a. S. der Seher Leo Zimmermann aus Schwyzen, 60 Jahre alt.
- In Wiesbaden am 3. Mai der Korrektor Paul Schwarzbach aus Freiburg i. G., 35 Jahre alt.
- In Würzburg am 6. Mai der Seher Emil Stuchs aus Stolp, 43 Jahre alt.

Briefkasten.

H. B. aus B.: Na ja, da haben die „Preußen“ wiederum eine gute Nase für unentdeckte Geldbrunnentale geholt! — G. Sch. in B.: Danke für freundliche und aufklärende Zeilen, bebauten jedoch darüber bei bewährter Gelegenheit nicht „endlich“ mehr schreiben zu können. — G. B. in B.: Das unleserliche Wort war in der Nachschrift der vorliegenden Einwendung enthalten; Sie äußerten damit einen persönlichen Wunsch, 2. W. wiederholen, der zuletzt eingeklebte Artikel ist absolut unverwendbar. Die Kollegen an Ihrem Orte wie die Generalversammlung würden der Redaktion den Standpunkt gehörig klarmachen, wenn Sie solche gänzlich unzutreffende Auffassung und Beurteilung zulassen wollte. — H. G. in G.: Haben es noch möglich gemacht, nach der Generalversammlung (schon vor der und Mitarbeiter in die Ferien. — H. B. in B.: Ganzwohl, betraf Sie bzw. die Mitteilungen über Bewegung dort, wie Sie sich einleitete. — D. S. in B.: Schön, so dachten auch wir uns Verbindung. — A. B. in W.: Gratulieren zu diesem „Eck“, 2. Mitteilungen betreffend zur Kenntnis genommen. 3. In Anbetracht der starken Veräppelungen des Eintreffens, gegen die wir schon alles unternommen haben, erscheint uns Aufnahme in dieser Nummer das Richtige zu sein. — P. S. in D.: Würden Sie den Standpunkt zu dem Material über Wohnungsverhältnisse legen und gelegentlich verwenden. — G. B. in D.: Dankend erhalten und zurückgelegt, wenn früher einmal eine zusammenfassende Darstellung solcher Vorgänge möglich wird. — M. G. in S.: „Ruhestandsarbeit“ eingetroffen; wollen sehen, wie der Hase läuft, auch mit R. — S. S. in B.: Das Mischen wird noch erübrigt; find aber froh, daß Generalversammlung nun da, denn mit den Raumverhältnissen ist es direkt kritisch. — A. R. in S.: Diesen Generalversammlungsartikel noch unzureichend, bereitet wirklich Schmierereien; nur das Thema läßt es uns erträglich. — G. in B.: Wir waren darüber erst nur durch eine zufällige, nicht von Buchdruckerseite erhaltene Zeitung unterrichtet. Die direkte Mitteilung an den „Kor.“ ist später eingegangen. — P. A. in P., B. W. in D., B. D. in G., S. M. in B., G. W. in M., A. A. in S., P. A. in Abg., C. A. in M., M. 100, F. W. in B., P. S. in M., R. G. in S., S. S. in S., S. S. in W., G. C. in M., G. B. in Dr.: Nachrufe in einer der nächsten Nummern. — Nach Köln: Von einer nachträglichen Freistellung oder Berichtigung der Einschränkung hinsichtlich der Anerkennung der verschiedenen Berufsgruppen als Berufsstände werden wir mit Rücksicht auf Verhältnisse an andern Orten Abstand nehmen. Den Bena festlegen wird ja dadurch das Recht doch nicht beschneiden, sich zur Erzielung eines besseren Resultats immer noch entsprechend zu betätigen. — A. M. in Schwyzen: 3,35 Mh. — A. S. in S.: 3,35 Mh. — C. B. in Altona: 2,45 Mh. — A. B. in Hlm: 2,30 Mh. — A. B.: 2,15 Mh. — S. S. in Seefeld: 2 Mh. — D. G. in Neubaberg: 4,25 Mh.

Verbandsnachrichten

Verbandsnachricht: Berlin SW 29, Chamissostraße 51, Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

zur Zeit. Beachtung für die Verbandsfunktionäre.

Vom 24. Mai ab bis nach Beendigung der Generalversammlung bitten wir die Abfertigung von Geldern, Abrechnungen, Briefen usw. an den Verbandsvorstand einzustellen. Nur in dringenden Fällen wolle man während der angegebenen Zeit Briefe und Anfragen an den Verbandsvorstand unter der Adresse: Würzburg, „Suffenbacher Gärten“, Birchowstraße 2, richten. Berlin. Der Verbandsvorstand.

Gau Elsaß-Lothringen. (Resultat der Delegiertenwahl zur Generalversammlung.) Abgegebene Stimmen 434, ungültig 8, weiß 7; absolute Majorität 210. Er erhielten Stimmen: Wd. Gillef 334, M. Leichenring 174, Albert Klein 144. Gewählt: Wd. Gillef.

Gau Hamburg-Altona. (Resultat der Stichwahl für den Ersatzmann zur Generalversammlung in Würzburg.) Abgegebene 792 Stimm, davon ungültig 7. Gewählt wurde C. Bröpfer mit 449 Stimmen, G. Reuscher erhielt 336.

Friedrichroda. Kollege Hermann Triefloff, vermutlich in Steffin, wird über den Verbleib des Protokollbuchs des Ortsvereins Friedrichroda-Waltershausen um Auskunft gebeten. Nachricht an Kollegen Fr. Drillepp in Friedrichroda, Solbuchdrucker.

Adressenveränderungen.

Beuthen (O.S.). Oberlothrische Maschinenhervereinigung. Kassierer: Albert D. Mann, Beuthen, Friedrichstraße 7 II. Magdeburg. Das Bureau ist dem Fernpredne angegeschlossen unter Nr. 7922. Bureaustunden: Nachmittags von 4 bis 6 Uhr.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse: Im Gau Bayern l. der Schwelgerdenen Karl Baubner, geb. in Penzberg 1900, ausgl. in Altruna 1918; 2. der Maschinenherver Hans Wegger, geb. in Immenstadt 1897, ausgl. da 1915; waren noch nicht Mitglieder. — Joseph Seig in München, Solbuchstraße 24 I. Im Gau Frankruth-Neßen l. der Seher Adolf Wemdingen, geb. in Mainz 1859, ausgl. da 1877; war schon Mitglied; 2. der Drucker Joseph Schill, geb. in Mühlhausen l. G. 1858, ausgl. da 1906; war noch nicht Mitglied. — Karl Neus in Frankfurt a. M. altlerbühnenstraße 51 III. Im Gau Rheinland-Weiffalen der Seher Richard Böcking, geb. in Alfenburg (G.-L.) 1888, ausgl. da 1907; war schon Mitglied. — Emil Wredt in Köln, Gereonsplatz 23. Im Gau Schleswig-Holstein der Seher Karl Christen, geb. in Theboe 1897, ausgl. da 1916; war noch nicht Mitglied. — Martin Briller in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Veranstaltungskalender.

Saarbrücken. Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Löhrl“.

Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 59 — Leipzig, den 23. Mai 1918

Abendblattausgabe: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Papiernot und Papierverwertung

XXIV. Papierhöchstdproduktion und Papiernot.

Auf der Heidelberger Tagung des Deutschen Buchdruckervereins im vergangenen Herbst hatte Direktor Krümer, der Vorsitzende des Reichsausschusses für Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung, einen sehr beachtlichen Vortrag gehalten über Ursache, Folgeerscheinungen und möglichste Behebung der Papiernot. Wir haben damals ausführlich darüber berichtet, Anfangs Wehrzug und April d. S. hat genannter Herr in München und Mannheim vor einem aus dem graphischen Gewerbe, dem Verlagsbuchhandel, dem Papierhandel und der Papierfabrikation wie aus beherrschenden Vertretern sich zusammenschließenden Publikum in ähnlicher Weise referiert und dabei manches Neue gesagt. An geübteren Kürzen sei das Notwendigste darüber nachgeholt.

Mit einer Jahreserzeugung von etwa 2 Milliarden Tilo Zellstoff war Deutschland das größte Produktionsland für Zellstoff und Papier. Der Krieg hat eine Verringerung der Papiererzeugung gebracht. Zellstoff wird in starkem Maße zur Munitionsherstellung verwendet, ebenso Papier als Spinnstoffe für Seereschiffahrt und als Spinnzeug zur Herstellung von Textillinen — stark auch als Verpackungsmaterial (allein 200 Millionen Papierfässer jährlich) —, und erst zuletzt kommt die Papierfabrikation für Druck, Schreiben und ähnliche Zwecke der früheren Bekanntheit in Betracht. Die Kriegsleistung wäre nicht über das Jahr 1915 hinausgegangen, wenn die Erzeugung der Papierindustrie nicht zur Munitionsherstellung hätten herangezogen werden können. Die Hälfte der ganzen deutschen Zellstoffproduktion geht für Textilfabriken davon. Für die Tagespresse ist der Zellstoffanteil einigermassen geringer, der für die papierverarbeitenden Gewerbe muß aus dem Ausland beschafft werden. Die Metallindustrie hat die erste, die Papierindustrie die zweite Stelle in der Kriegswirtschaft. Papier wird eines der wichtigsten Austauschobjekte bilden, wenn Deutschland nach Friedensschluß die für seine Industrie so wichtigen Rohstoffe zu erlangen befohrt sein wird. Die staatliche Regelung muß daher für die erste Übergangszeit bestehen bleiben. Wenn Direktor Krümer von Papiernot, sondern nur von Papierknappheit spricht, die es noch viele Jahre geben wird, dann ist das ebenso falsch, als wenn man die Brot- und Fleischnot beherrschend nur als Knappheit erscheinen lassen wollte. Daß die Papiernot noch lange Jahre anhalten wird, ist nicht zu bezweifeln. Es dürfte unfruchtbar diese Zeit sogar noch über Wehrzeit verlängert werden, wenn man den Papierexport auf Kosten der inländischen Bedarfsdeckung, also zum Nachteil des Druckgewerbes zunächst, zu stark beschränkt. Der „Deutsche Papiermarkt“ erinnerte ja nach dem Krümerischen Vortrage daran, daß noch im Herbst 1916 kolossale Mengen Papier aus Deutschland ausgeführt wurden und hierdurch unte überaus großen Bestände stark vermindert wurden. Wenn damals nicht an den Tag gekommen wäre, daß durch neutrale Schiffe deutsches Papier in erheblichem Maße feindlichen Ländern ausgeführt wurde, wäre es wohl noch nicht zu einem Ausfuhrverbot gekommen. Direktor Krümer hält keine Ansicht, daß eine eigenartige Papiernot nicht besteht, auf eine nur zu 60 bis 70 Proz. die Bestände erhaltende Aufnahme, die das Vorhandensein von 500 Millionen Tilo Papier ergab, was einem Bedarfe von sieben Monaten entsprechen soll. Von dieser Zahl darf man sich aber nicht verblüffen lassen. Das schon erwähnte Mannheim-Blast ist nämlich dem entgegen, daß von den 2200 papierverarbeitenden Betrieben reichlich Papier aufgekauft wurde, damit es nicht von den Papierhändlern als Objekt wilder Spekulation Verwendung finden kann oder zu dem bekannten Verschwinden kommt, wenn der Staat weitere Maßnahmen ergreift. Es leben nur die Dinge so ungesund für das Buchdruckgewerbe, daß zum Teil die Betriebe mit Papier auf versehen sind und auch auf längere Zeit. Die andern müssen entweder schamlose Preise zahlen oder die Aufträge ablehnen wegen Mangel an Papier. Direktor Krümer sprach in München wie in Mannheim manch Schönes Wort über den Kleinsthandel (durch 20 bis 30 Hände abend) und das Samstags mit Papier. Auch Buchdruckerien sollen zum lukrativen Papierhandel übergegangen sein. Vertreter von Papierfabriken lassen sich Provisionen bis zu 30 Proz. bezahlen. Papier, das im März 1915 zu 50 Pf. angeboten wurde, kostete im November 1917 schon 5,60 Mk. Was man jetzt verlangen werden! Für die Friedenszeit ist wohl ein Preisrückgang zu erwarten, keineswegs jedoch

der frühere Stand. Die Papierverbrauchsbeschränkung fand in Direktor Krümer natürlich einen eifrigen Verfechter. Interessant war die Anführung, daß für die liebste Kriegsartikelle noch 1280000 kg Papier notwendig waren, bei der achten wurde das für die Werbearbeit zu verwendende Papier aber auf zwei Drittel herabgesetzt. Es ist auch so gegangen und nach dem Ausfalle zu urteilen, sogar noch besser. Der Papierverbrauch zur Leipziger Messe, in der Fachpresse schon beanstandet, wäre ebenfalls wesentlich zu verringern. Herr Krümer nennt mit Recht 600 Seiten starke Zeitschriften für Industrieunternehmen eine Verschwendung in jeglicher Zeit. Ähnliche Beispiele gibt es genug. Kleinere Auflagen, kleinerer Format und leichteres Papiergewicht sowie eine allgemein durchgeführte Konzentrierung mit 50 Proz. des Papierbedarfs von 1916 waren die von Direktor Krümer aufgestellten Forderungen, um es auch hier weiter mit dem berühmten Durchhalten zu versuchen.

So die in diesem bemerkenswerten Vortrage von Gegenwart und Zukunft des Papiermarktes von berufener Seite. Es ist so und so ganz unrettbar. Wenn einmal der Seeresbedarf nachläßt — es mühe recht bald sein! — und die Papierindustrie abläuft, was nach einer uns nicht einleuchtenden Mitteilung über die Abklärungsverhandlungen einer großen Leipziger Kammerarbeit schon seit einiger Zeit der Fall sein soll, dann könnte das Druckgewerbe wenigstens etwas am Aufatmen kommen. Alle sonstigen Maßnahmen sind nur kleine Mittel, von guten Absichten zeugend, aber meistens schwer durchführbar.

Die Schrift- und Stempelschneider

Im Kreise der großen deutschen Buchdruckerfamilie führt die kleine Gruppe der Schrift- und Stempelschneider das Dasein eines Mauerblümchens, nur von wenigen erkannt und gepflegt. Technische und organisatorische Eigenheiten bilden die Hauptursache dieses Geistesirrs im Werk. Die zerstreuten Folgen des Krieges für das graphische Gewerbe haben noch ein Ubriges dazu beigetragen: daß es besonderer Anstrengungen bedürfen wird, um auch den Angehörigen dieses graphischen Gewerbezweiges für die Zukunft mehr wirtschaftliche und berufliche Bewegungsfreiheit zu sichern. In Anlehnung an die vor einiger Zeit im „Korr.“ zum Abschluß gekommene Jahresrückschau über die Entwicklung im graphischen Gewerbe im vergangenen Jahre, sowie die für unsere Organisationsarbeit in Frage kommt, glauben wir daher durch eine kurze Besprechung der einschlägigen Verhältnisse auch bei den Schrift- und Stempelschneidern der praktischen Abwägung unserer besonderen und allgemeinen Zukunftsaufgaben einen kleinen Dienst zu erweisen.

Die Zentralkommission der Schriftschneider, die in Berlin ihren Sitz hat, berichtet zunächst in der Hauptsache folgendes:

Seine Berufsgruppe des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ist so überliefert die Schriftschneider. Im Jahre 1914 sollte eine Konferenz der im Verband organisierten Schriftschneider abgehalten werden, um endlich förmliche Vereinbarungen mit den Prinzipalen zu treffen. Der Ausbruch des Krieges machte aber einen dicken Strich durch die Wünsche der Kollegen. Abgesehen davon, daß ein großer Teil der Berufskollegen dem Verbands noch fern steht, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Schriftschneider den besten Willen haben, mit den Prinzipalen Vereinbarungen zu treffen, die jedem Kollegen die Existenz garantieren. Die meisten Betriebe sind durch die fortgeschrittenen Einleitungen zum Kriegsdienst gezwungen worden, ihre Tätigkeit einzustellen. Selbst die Geschäfte der Zentralkommission werden nur noch von einem einzigen älteren Kollegen mit großer Aufopferung weitergeführt. Besonders schlimm sind die Kollegen hinsichtlich der Feuerungsanlagen gesteuert; mangels familiärer Abmachungen müssen sie meist mit dem zufriedenen sein, was ihnen die Prinzipale auswillig geben. Nach dem Kriege wird daher auch die Sparte der Schriftschneider mehr Aktivität an den Tag setzen müssen.

Neben diesen mehr allgemeinen Angaben sehen uns noch kurze Berichte von den Spezialvereinen in Berlin, Leipzig und Frankfurt a. M. zur Verfügung. Der Bericht aus Berlin behauptet, daß die dortige Schriftschneidervereinigung seit September 1908 besteht, zu welcher Zeit die Mitglieder vom Metallarbeiterverband in ihren Verband übergetreten sind. Vor Ausbruch des Krieges hatte der Verein 37 Mitglieder, von denen inzwischen 28 zum Seeresdienst eingezogen wurden; von den noch vorhandenen 9 Mitgliedern arbeiten 8 „auf Munition“, und nur ein älterer Kollege ist noch im Berufe tätig. Die Zugehörigkeit zum Verband ist für jedes Mitglied Bedingung. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in Berlin durch einen Tarifvertrag geregelt, der für Neuaufnahme einen Wochenlohn von 22 Mk., im zweiten Gehaltsjahre 24 und im

dritten Gehaltsjahre 27 Mk. als unterste Lohngrenze vorsieht. Im August 1914 bewegte sich die Einstellung zwischen diesen Mindestlöhnen und 48 Mk.; die Mehrzahl der Kollegen hatte unter 42 Mk. Für Arbeit an den Bohrmaschinen ist Stücklohn vereinbart. Die Lohnfrage ist nicht ungünstig geregelt, und die bestehende Skala wird nicht ausser Acht gelassen. — In Leipzig wurde eine Vereinigung der Schriftschneider im Jahre 1910 gegründet; Anfangs 1914 hatte sie 43 Mitglieder, heute nur noch 10; 30 sind im Seeresdienst. Besondere Sorge bereitet dem Leipziger Vereine die Heimarbeit; eine im Jahre 1911 eingeleitete Bewegung gegen Mißstände auf diesem Gebiete verlief zunächst ergebnislos, und spätere Bemühungen in dieser Richtung wurden durch den Kriegsausbruch gehemmt. Die Löhne in Leipzig sind in der Kriegszeit etwas gestiegen, was jedoch nur auf den Mangel an Gehältern durch die vielen Einberufungen zurückzuführen ist. In den meisten Schriftschneiderbetrieben erhalten die Kollegen die Feuerungsanlagen wie die Wehrer. Erpäht muß noch werden, daß in einer Leipziger Schriftschneiderkollege bei 45 Mk. Lohn 5 Mk. Feuerungsanlage bekommt, ein zweiter auch dort beschäftigter Kollege erhält bei 36 Mk. Lohn nur 3 Mk. Feuerungsanlage. — In Frankfurt am Main waren bei Kriegsausbruch 63 Berufsausgehörige vorhanden, die ihrem Spezialbereich angehörten, von diesen sind gegenwärtig nur noch 12 in beruflicher Stellung, während 9 „auf Munition“ arbeiten. Mehrere Angaben über Arbeits- und Wohnverhältnisse aus neuerer Zeit fehlen.

Einen tieferen Einblick als diese neueren Angaben gewähren „Statische Erhebungen über die Erwerbsverhältnisse der Schriftschneider, Matrizenbohrer und verwandten Berufsausgehörigen Deutschlands und Österreich-Ungarns“ aus dem Jahre 1912, die von der Zentralkommission der Schriftschneider gelammelt und im Druck herausgegeben wurden. Sie enthalten Angaben von 152 Schriftschneidern, 30 Matrizenbohrern, 13 Maschinenstempelschneidern und 13 Graveuren der Stereotypie und Galvanoplastik. Auf Berlin entfallen davon 39, auf Frankfurt a. M. 42, auf Hamburg 8, auf Leipzig 74 und auf Offenbach 19. Für 28 Schriftschneider in Berlin ergab sich ein Durchschnittslohn von 35,40 Mk.; die Bohrer arbeiteten meist gegen Stücklohn, während für die Schriftschneider der Zeitlohn üblich war. Die Arbeitszeit schwankte zwischen 50 und 54 Stunden wöchentlich. — In Frankfurt a. M. waren zur Zeit der Aufnahme dieser Statistik 56 Kollegen im Berufe tätig. Der Durchschnittslohn für die Schriftschneider betrug 39, bei den Bohrern 30,25 und bei den Maschinenstempelschneidern 33 Mk.; bei letzteren kam durchweg Stücklohn in Frage. Die Schriftschneider hatten eine Wochenarbeitszeit von 48 bis 54 Stunden, die Bohrer 51—53, 1/2 Stunden und die Maschinenstempelschneider 54 Stunden. Dem Verbands gehörten von den Schriftschneidern 19, von den Bohrern 8 (2 dem Metallarbeiterverband) und von den Maschinenstempelschneidern 5 an (2 weitere ebenfalls zum Metallarbeiterverband gehörig). — In Hamburg ergab sich für 8 Schriftschneider ein Durchschnittslohn von 38,50 Mk. und eine durchschnittliche Arbeitszeit von 51 Stunden wöchentlich; 6 davon gehörten dem Verband an. — In Leipzig wurden 90 Berufsausgehörige gezählt, aber nur von 74 waren Angaben zu ermitteln. Von 65 Schriftschneidern gehörten 48 dem Verbande, 5 dem Metallarbeiterverband an, 49 arbeiteten gegen Zeitlohn, 12 gegen Stücklohn und der Rest in gemischtem Lohnverhältnis. Der Durchschnitt im Zeitlohn betrug 29,50 Mark, im Stücklohn 38,50 Mk.; die wöchentliche Arbeitszeit bewegte sich zwischen 47 und 54 Stunden. Bemerkenswert ist hier, daß 11 Kollegen in dem betreffenden Jahre (1912) aufgenommen eine Arbeitslosigkeit von 336 Tagen zu persöhnen hatten und 13 Kollegen aufgenommen 359 Tage krank waren. Von 5 Matrizenbohrern arbeiteten 4 in Zeitlohn und 1 in gemischtem Lohnverhältnis bei einem Durchschnittslohn von 35 Mk. und einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 43 Stunden; 3 Bohrer gehören dem Verband an, 2 sind nicht organisiert. Von 4 Graveuren der Stereotypie und Galvanoplastik arbeiteten 3 in Zeitlohn und 1 in gemischtem Lohnverhältnis; Durchschnittslohn war 31,50 Mk.; die wöchentliche Arbeitszeit schwankte zwischen 47 und 54 Stunden; 3 Graveure gehören dem Verband an, einer war nicht organisiert. — In Offenbach arbeiteten 17 Schriftschneider und 2 Bohrer in 2 Schriftschneiderbetrieben und 1 Gravieren. Für die Schriftschneider wurde ein Durchschnitt im Zeitlohn von 36,20 Mk., im Stücklohn ein solcher von 51,75 Mk. ermittelt. Die Arbeitszeit bewegte sich in den Grenzen von 51 bis 53 Stunden. Alle Kollegen gehören dem Verband an.

Diese Zusammenfassung ergibt, daß auch für die Schrift- und Stempelschneider Wohl und Wehe des graphischen Gewerbes von ausschlaggebender Bedeutung ist; daß auch sie in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit bestimmt oder begrenzt werden von dem, was durch gemeinsame organisatorischen Einfluss einer starken Arbeiterorganisation errungen oder bekämpft werden kann. Selbstverständlich lassen die vorstehend belegten Arbeits- und Wohnverhältnisse keine unüberwindliche Kluft im Vergleiche zu den Grundlöhnen erkennen, die im Rahmen der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker gerade an den Orten, die für Schrift- und Stempelschneider in Frage kommen, als

recht und billig schon längst anerkannt sind. Und es dürfte nicht allzu schwer fallen, eine zeitgemäße Weiterentwicklung in der angezeigten Richtung auch für diesen Erwerbszweig zu erreichen; zweifellos dürfte hierzu eine engere Verbindung mit den Schriftgelehrten mit den Vorteilen einer geschlossenen Zunft nur von Nutzen sein. Der Gedanke der Konzentration und Sammlung der Kräfte verdient jedenfalls von den Schrift- und Stempelschneidern noch mehr als bisher in Erwägung gezogen zu werden. Cs.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Verein der in Schriftgelehrten beschaffigen Arbeiter und Arbeiterinnen.) Die zum 12. Mai einberufene Versammlung fand bereits am 11. Mai statt, um zu den an demselben Tage mit den Prinzipalen getroffenen Vereinbarungen Stellung zu nehmen. Die Vereinbarungen wurden angenommen. Vom 20. Mai ab gelten folgende Feuerungszulagen: Die im Berechnen stehenden Schriftgelehrten und Messinglinienarbeiter erhalten wöchentlich 21 Mk., die im Lohne von über 45 Mk. stehenden daselbe. Die von unter 45 Mk. 22 Mk. und die unter 30 Mk. stehenden Hilfsarbeiter 24 Mk. Feuerungszulage. Die berechnenden Leiterinnen und Unterschnneiderinnen erhalten wöchentlich 6 Mk., die im Lohne stehenden Arbeiterinnen 8 Mk., soweit sie nicht schon höhere Feuerungszulagen beziehen. Die Feuerungszuschläge werden bei Überstunden zu der Überstundenentschädigung hinzugerechnet. Die Firma Woellmer hat für ihre Messinglinienarbeiter in der Zwischenzeit in tariflicher Hinsicht Zugeständnisse gemacht; sie erkennt aus diesem Grunde für diese Abteilung keine höheren Zulagen als die bisherigen an. Auch von einer andern Firma wurden für besondere Fälle Vorbehalte gemacht. Es betrifft kranke und weniger leistungsfähige Arbeiter.

Würgburg. Die Mitgliederversammlung vom 4. Mai ehrte zunächst das Andenken zweier verstorbener Kollegen, von denen der letztere seiner Kriegsverwundung erlegen ist. Kollege Semmerich begrüßte die Militärfürsorge und insbesondere den vom Kriegsdienst als Angehöriger der Jahreshälfte 1870 entlassenen Kollegen Ludwig Freitag, ihn laut seinerzeitigen Versammlungsbeschlüsse wiederum in sein Amt als Schriftführer einführend. Zur Aufnahme gemeldet und empfohlen wurde ein neuangeworbener Druckerkollege. Bei seinen „Mitteilungen“ konnte Kollege Semmerich unter andern bekanntgeben, daß namentlich mit der Gewährung der noch rückstehenden Feuerungszulagen in drei weiteren Druckerzeilen diese denüßig ihre allgemeine Einführung gefunden habe. Die Genehmigung der Abrechnung für das erste Quartal 1918 erfolgte nach Beantwortung einer internen Frage debattelos. Bei der Stellungnahme zu den Anträgen für die Verbandsgeneralversammlung kam neben Besprechung einzelner Anträge einstimmig der Wunsch nach Tarifrevision zum Ausdruck. Der Punkt „Verchiedenes“ brachte keine Vormeldung, so daß die verhältnismäßig kurz, aber durchaus sachlich verlaufene Versammlung mit einem Appell zur vollen Pflichterfüllung der Mitglieder ihren Abschluß finden konnte. — Ihr fünfzigjähriges Berufsjubiläum konnten die Kollegen Julius Felsberg am 6. April und Karl Haag am 4. Mai begehen. Die Mitgliedschaft hat die offizielle Feier hierzu für den Begrüßungsabend zur Verbandsgeneralversammlung vorgezogen.

Würgburg. (Typographische Gesellschaft — Maschinenmeisterverein.) Die am 11. Mai gemeinschaftlich abgehaltene Versammlung befaßte sich neben andern sachlichen Fragen auch mit den Zentralisationsbestrebungen unseres Bildungswesens sowie mit dem Verschmelzungsgedanken der „Technischen Mitteilungen“ der einzelnen Sparten mit den „Typographischen Mitteilungen“. Nach ergiebiger Aussprache stellte sich die Versammlung einmütig auf den Boden der von Maschinenmeisterverein Frankfurt-Ostend und der Typographischen Gesellschaft Frankfurt gefaßten, in Nr. 53 des „Korr.“ veröffentlichten Resolution und hofft, daß anlässlich der Verbandsgeneralversammlung die Spartenvertreter im Sinn unserer Bestrebungen ein gutes Ergebnis herbeiführen. In diesem Zwecke veranfaßte die Typographische Gesellschaft Würgburg am 29. Mai eine Versammlung, in welcher Kollege Albrecht Fülle (Berlin) über „Mittel und Wege zur sachlichen Fortbildung“ sprechen wird. Eine gründliche Aussprache dürfte gewiß die zur Erreichung des gesteckten Zieles notwendige Klärung herbeiführen.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Postadresse der Redaktion während der Würgburger Generalversammlung. Alle Postsendungen, die für die Redaktion des „Korr.“ bestimmt sind, also mit Ausnahme von Geldsendungen, Verbandsnachrichten und Inseratenangelegenheiten, sind während der Dauer der Generalversammlung, also vom 26. Mai bis 1. Juni, in folgender Weise zu adressieren: Redaktion des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ in Würgburg, Sutfenscher Garten, Birchowstraße 2 (Hochzeitsaal).

Von Buchdruckern im Arztege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Otto Schilf (Pforzheim) als neumondschichtiges das Eiserne Kreuz I. Klasse. Ferner erhielten die Auszeichnung II. Klasse: Alwin Beuermann und Kurt Kaiser (Berlin), Kolmfut

Bausch, Alfred König und Joseph Sobotta (Breslau), Max Kühnelt (Bromberg), Max Richter (Dessau), Val. Schulte (Düsseldorf), Bernhard Graf (Hamburg), Ferdinand Pfeil (Landsbut), Richard Kreßmar und Walter Kraumann (Leipzig), Artur Henze (Neußlin), Franz Steinmetz, Albert Tsch., Theodor Wabl und Otto Weiß (Neunharden), Peter Engels, Peter Jungmann, Anton Rascher, Heinrich Winker und Nikolaus Zimmer (Merzig [Saar]), Brauner (Neurode i. Schl.), Heinrich Christmann, Franz Sübner und Karl Kühn (Pforzheim), Arno Sugo Wodtke (Reiners), Karl Lorenz (Stolpen), Franz Diller, Georg Engel, Adam Nagel, Eugen Schönleber und Ernst Wiff (Würgburg). 5676 Verbandskollegen haben somit das Eiserne Kreuz erhalten.

Machamienwerke Zeisfeld. Die Buchdruckerei P. Stankiewicz in Berlin hat zur Erleichterung des Durchhaltens ihrem Personal gegenüber wiederholt besonderes Verständnis gezeigt. Seit 15. April erhielt das Personal eine besondere Feuerungszulage von 1 Mk., und von Pfingstsonnabend ab erhalten die Verheirateten wöchentlich 2 Mk. und die Ledigen 1 Mk. Lohnzulage mehr. Die Buchdruckerei M. Weichert in Berlin zahlte zu Pfingsten dem gesamten Personal je nach Dauer der Geschäftszugehörigkeit eine besondere Feuerungszulage je nach Wochenlohn von 35 bis 50 Mark. — In Zeisfeld gewährte die Buchdruckerei M. Gerich & Co. („Volkswacht“) ihrem technischen Personal freiwillig in Anbetracht der ungeheuren Feuerung am 17. Mai je 9 Mk. Feuerungszulage aus. Zukünftig werden wöchentlich 3 Mk. besondere Zulage gewährt; Hilfsarbeiter und Lehrlinge erhalten je 3 Mk. und zukünftig wöchentlich je 1 Mk.; bei einer etwaigen tariflichen Lohnhöhung soll diese Erhöhung angerechnet werden. — In Essen bewilligte die Buchdruckerei W. Stardeß wiederum eine besondere Feuerungszulage an alle Geschäftsangehörige im Betrage von 10 bis 30 Mk., je nach Dauer der Geschäftszugehörigkeit, Familienstand und Kinderzahl. — In Gießen ließ die Brüderliche Universitäts- und „Steindrucker“ ihrem Personal eine einmalige Sonderzulage von 30 Mk. für Verheiratete und 15 Mk. für Ledige ausgeben. Die Unterstützung an die Familien der zum Seeresdienst eingezogenen Geschäftsangehörigen wird gleichfalls weiter bezahlt.

Ferien! In Breslau gewährte die Buchdruckerei Eugen Boronow ihren Gehilfen und Hilfsarbeitern bei einjähriger Geschäftszugehörigkeit eine Woche, den übrigen drei Tage Erholungsurlaub; Lehrlinge erhalten eine Woche. — In Berlin gewährte die Buchdruckerei P. Stankiewicz bei einjähriger Geschäftszugehörigkeit drei, bei fünfjähriger sechs Tage Erholungsurlaub.

Gehilfenprüfungen. In der diesjährigen Gehilfenprüfung im Handwerkskammerbezirk Zeisfeld hatten sich 11 Neuausgelernte (4 Seher, 7 Maschinenmeister) gemeldet, und zwar aus Zeisfeld 5, Halle i. W. 2, Gütersloh 2 und Snydau 2. 2 Seher erhielten die Note „Gut“ und 2 „Genügend“; 1 Maschinenmeister „Gut“, 4 „Niemand gut“ und 2 „Genügend“. — In Hamm i. W. unterwarfen sich 3 Neuausgelernte der Prüfung, und zwar je einer aus Hamm, Anna und Bröndenberg. Sie bestanden im Praktischen mit „Gut“, im Theoretischen mit „Genügend“. — In Pforzheim unterzogen sich 2 Seher 3 Drucker und 1 Schweizerdegen der Prüfung. Es wurden folgende Zeugnisse erteilt: Praktische Arbeiten: 1 Seher „Gut“, 1 Seher „Niemand gut“, 2 Drucker „Gut“, 1 Drucker „Niemand gut“ und für den Schweizerdegen „Gut“; in Berufskunde erhielten sämtliche Seher und Drucker „Gut“, der Schweizerdegen „Niemand gut“. In Geschäftskunde 1 Seher „Gut“, 1 Seher „Niemand gut“, 1 Drucker „Recht gut“, 2 Drucker und der Schweizerdegen „Gut“.

Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Zum 9. Juni wird nach Berlin („Hotel Prinz Albrecht“) die diesjährige Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger einberufen. Die Tagesordnung, die in Nr. 20 des „Zeitungsverleger“ veröffentlicht wurde, enthält keinen Punkt, der für uns Leser besondere Bedeutung hätte, es sei denn, daß eine vom Vorstand vorgeschlagene Satzungsänderung, die die Möglichkeit bieten soll, den rechtskundigen Syndikus des Vereins als Verhandlungsleiter im Ehrenrate des Vereins fungieren zu lassen, zu erkennen gibt, daß auch hier die Heranziehung berufsmäßiger Vereinsfunktionäre nötig geworden ist; was bekanntlich früher und auch heute noch in Unternehmungskreisen bei den Arbeiterorganisationen als unangenehme Erscheinung kritisiert wurde.

Amfliche Papierverflechtung. Der Magistrat von Ingolstadt verklagte einen Buchdruckereibesitzer in Niederbayern wegen Preiswuchers bei einer Lieferung von 20 Formularen in Reichsformat, halbe Bogen, zweifach bedruckt, die mit 10 Pf. das Stück berechnet wurden. Die betreffende Druckerei hatte von dem Formular seiner geringen Nachfrage wegen nur 1000 Stück gedruckt und wird jedenfalls lange warten müssen, bis sie die kleine Auflage absetzt hat. Zur Begründung der Klage diente ein Formular, das wesentlich umfangreicher und verhältnismäßig billiger war, letzteres aber nur deshalb, weil seine Verwendung viel stärker ist und infolgedessen eine wesentlich höhere Auflage eines geringeren Preises rechtfertigt. Kurz und gut, es handelt sich um ein Wertobjekt von im ganzen 2 Mk. für 20 zweifach bedruckte halbe Kanzeleibogen. Der Magistrat von Ingolstadt wollte aber die Formulare trotz Papierverflechtung und enormer Steigerung aller übrigen Herstellungskosten billiger haben und sand daher in dem geforderten Preis einen Verstoß gegen die Kriegswucherergesetz. Er übergab die Angelegenheit dem Staatsanwalt. Dieser beauftragte die Polizei mit Erhebungen, der Bericht wurde vom Wachmeister, eingereicht, vom Oberwachmeister gegengezeichnet. Der Beklagte schrieb dazu eine sechs Seiten lange Rechtfertigung auf bestem Kanzelepapier. Die Akten gingen dann an

das Kriegswucheramt; dieses forderte unter Einleitung der Akten an die Berufsvereinigungen in München ein Sachverständigenaufsuchen, wobei schon drei Berufsmäßig zur Aufnahme der benötigten Beilagen gebraucht wurden. Und das Ende vom Liede dieser bürokratischen Staatsaktion dürfte wohl sein, daß das Aktenbündel einen Umfang annehmen wird, der jenen der 20 halben Kanzeleibogen, um die es sich eigentlich dreht, wesentlich übersteigt und doch kein andres Resultat herauskommt, als daß der Amtschimmel sich wieder einmal warmgelaufen hat, ohne etwas Praktisches ergelzt zu haben, und zwar von Rechts wegen!

Tarifamtsbericht der Chemigraphen und Kupferdrucker. Der uns vor kurzem zugegangene Geschäftsbericht des Tarifamts für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker erstreckt sich auf die Jahre 1916 und 1917, da für das Jahr 1916 wegen Einberufung des Geschäftsführers des Tarifamts kein Bericht erstattet werden konnte. Im Eingange des vorliegenden Berichts wird zunächst hervorgehoben, daß es unter Beiseitelassung aller Trennenden beiden Tarifparteien gelungen ist, auch in den zwei zurückliegenden Kriegsjahren das Tarifgebäude unerschüttert zu erhalten. Es fehlt dabei allerdings auch nicht an Unzufriedenheit mit verschiedenen Maßnahmen des Tarifamts, aber diese konnten das große Ganze erfreulicherweise nicht wesentlich beeinträchtigen. Zur Aufrechterhaltung der Betriebe wurden vom Tarifamt über 200 Reklamationen erfolgreich unterstellt. Die Frage der Lehrlingseinstellung wurde in gleichem Sinne wie bei uns geregelt. Befürchtungen, daß dadurch das Gewerbe geschädigt werde, haben sich nur in seltenen Fällen als berechtigt erwiesen. Die Erbschaftsfrage ergab mancherlei Schwierigkeiten, die aber nach und nach durch Eingreifen des Tarifamts behoben werden konnten. Unstimmigkeiten, die sich durch den Eintritt von Maschinenretuschuren in Maschinenfabriken, die nicht der Tarifgemeinschaft angehörten, ergaben, wurden dadurch aus der Welt geschafft, daß die betreffenden Firmen veranlaßt wurden, der Tarifgemeinschaft beizutreten, oder daß die in Frage kommenden Gehilfen ihre Stellung bei solchen Firmen aufgeben mußten. Die Schaffenheiten der Feuerung wurden für die Gehilfen durch Feuerungszulagen auf tarifgemeinschaftlicher Basis abgemildert; dies hierbei zugrunde gelegten Sätze sind aber sehr minimal; ab 1. Januar 1918 betragen sie wöchentlich 9—10 Mk. für Verheiratete und 6,50—7,50 Mk. für Ledige; außerdem erhalten verheiratete Gehilfen für jedes Kind unter 14 Jahren monatlich 3 Mk. Beachtung verdient auch ein Beschluß des Tarifamts im Jahre 1917, wonach alle gewerblichen Differenzen, die zu einem Klageantrag führen, vor den hierfür maßgebenden eignen beruflichen Schiedsgerichten zur Entscheidung zu bringen sind. Trotzdem scheint es aber auch nachher noch mehrmals vorgekommen zu sein, daß die eine oder andre Partei in einzelnen Fällen zur Selbsthilfe griff. Von welcher Seite dies am meisten geschah, ist aus dem Bericht nicht zu ersehen. Unseres Wissens hat aber die Gehilfenseite vor einiger Zeit an der Wirksamkeit des Tarifamts mancherlei auszusetzen gehabt, was wohl darauf schließen läßt, daß nicht alles ist, wie es sein sollte oder könnte. Hervorzuheben ist schließlich noch, daß alle kriegsbeschädigten Mitglieder bis zum Abschluß des Berichts ohne Umschulung wieder Unterkunft im Gewerbe gefunden haben. Die Zahl der der Tarifgemeinschaft angehörigen Firmen beträgt 185, von denen 37 zur Zeit stillstehen. Ende Juli 1914 waren 2965 Gehilfen beschäftigt, nach der jetzt vorliegenden Statistik nur noch 1114, es sind also 62 Proz. der tariftreuen Gehilfen zum Heer eingezogen. Die Gesamtsumme der Lehrlinge beträgt 468, was 42 Proz. gegenüber den zur Zeit beschäftigten Gehilfen ausmacht, gegenüber 20,7 Proz. im Jahre 1913. Auf Grund der tariflichen Ausnahmestimmungen sind 37 weibliche Kräfte im Gewerbe tätig, wovon 15 schon im Jahre 1913 vorhanden waren.

Beamten- und Arbeiterferien. Nach Mitteilungen der Tagespresse hat sich die preussische Regierung hinsichtlich der Beamtenferien auf den Standpunkt gestellt, daß die Urlaubsgewährung in diesem Jahr in gleicher Weise wie im Frieden vor sich gehen soll. Die lange Dauer des Krieges und die während dieser Zeit an die Arbeitskraft der Beamten gestellten höheren Anforderungen in Verbindung mit den Ernährungschwierigkeiten haben die Regierung zu dieser Maßnahme veranlaßt. Aus denselben Gründen ist in den letzten Kriegsjahren auch von behördlicher Seite, ganz besonders seitens der Seeresbehörden, den Leitern industrieller und kaufmännischer Unternehmungen dringend ans Herz gelegt worden, ihren Angestellten und Arbeitern angemessenen Erholungsurlaub zu gewähren. Es wäre nur gerecht und billig, wenn diese Anregung und das vorliegende Beispiel der preussischen Regierung auch von den Unternehmern der Privatindustrie entsprechende Berücksichtigung und Nachahmung fände. Denn neben einer den Verhältnissen entsprechenden Entlohnung gibt es kaum noch ein besseres Mittel, die Arbeitsfreudigkeit zu fördern, als die Gewährung eines angemessenen Erholungsurlaubs.

Zur Verfallensfreiheit der deutschen Gewerkschaften. Das stellvertretende Generalkommando in Kassel hat verfügt, daß bei gewerkschaftlichen Versammlungen in Zukunft die Anmeldepflicht wegfällt und gewerkschaftliche Mitteilungen nicht mehr der Zensur unterliegen. Die neuen Bestimmungen lauten: „Bei gewerkschaftlichen Versammlungen genügt eine stilles Anzeigebogen vor Beginn der Versammlung. Ausgenommen von der Anmeldepflicht sind Versammlungseinladungen und sonstige Veröffentlichungen der Gewerkschaften, soweit sie deren Angelegenheiten betreffen.“ Die übrigen Versammlungen und Veröffentlichungen bleiben der Anmeldepflicht 48 Stunden vor dem Stattfinden oder der Ausgabe unterworfen. Dieses Entgegenkommen gegenüber den Gewerkschaften sollte allen Generalkommandos als Beispiel dienen.